



STAATSMÄNNER SCHACHERN

UM

OBERSCHLESISIEN

ZUR VORGESCHICHTE DER ABSTIMMUNG

VON HEINZ ROGMANN

BRESLAU 1934

Staatsmänner schwachern um Oberschlesien

Von Heinz Rogmann, Breslau.

Der erste Entwurf des Friedensdiktates vom 7. Mai 1919 enthielt die Bestimmung, daß weite Teile Oberschlesiens ohne Abstimmung von Deutschland abgetrennt werden sollten. In Abänderung dieses Entwurfes lautete dann Artikel 88 des endgültigen Friedensdiktates, am 28. Juni 1919 unter Protest deutscherseits unterzeichnet und am 16. Juli 1919 durch die Deutsche Nationalversammlung ratifiziert: „In dem Teile Oberschlesiens, der innerhalb der nachstehend beschriebenen Grenzen gelegen ist, werden die Einwohner berufen, im Wege der Abstimmung kundzugeben, ob sie mit Deutschland oder Polen vereinigt zu werden wünschen . . .“. Das Postulat der Volksbefragung hatte damit Geltung erlangt. Wie war das möglich geworden? Welche Kämpfe hatten sich im Räte der Drei: Wilson, Clemenceau, Lloyd George inzwischen abgespielt? Diese Phase darzustellen, ist Zweck der nachstehenden Ausführungen. Ich halte mich dabei eng an die Darstellung von Mermeix in „Le Combat des Trois, Notes et Documents sur la Conférence de la Paix“¹⁾, ein Werk, das auch sonst wert ist, der Vergessenheit entrissen und der deutschen Öffentlichkeit genauer bekannt zu werden. Die wichtigsten Unterredungen habe ich in chronologischer Folge möglichst wortgetreu übersetzt.

2. Juni 1919

Lloyd George: „Alle meine Kollegen sagen, daß die Ostgrenze Deutschlands, wenn sie nicht abgeändert wird, unvertretbar ist; sie sind ferner alle der Ansicht, daß, wenn Deutschland die Unterzeichnung ablehnt, Zwangsmaßnahmen gegen es dem Lande als ungerechtfertigt erscheinen würden. Sie befinden sich überdies hierin in Übereinstimmung mit unseren technischen Beratern. Sie vertreten den Standpunkt, daß, da Oberschlesien seit 600 oder 700 Jahren nicht mehr zu Polen gehört hat, eine Volksabstimmung unerlässlich ist. Wenn die Volksbefragung zu Gunsten Polens ausfällt, wird es für die Deutschen hernach unmöglich sein, von Revanche zu sprechen. Dasselbe wäre eingetreten, wenn 1871 eine für Deutschland günstige Abstimmung in Elsaß-Lothringen stattgefunden hätte. Außerdem bin ich überzeugt, daß die Volksabstimmung günstig für Polen ausfallen wird.“

¹⁾ Soweit andere Quellen nicht besonders angegeben sind, sind die Zitate entnommen dem Werk von Mermeix, *deuxième édition*, p. 233, suiv. Librairie Ollendorf, Paris 1922. Nebensächliche, nicht übersetzte Stellen sind durch * gekennzeichnet.

Clemenceau: „Was Polen anlangt, so gilt es zunächst, ein geschichtliches Unrecht²⁾ wiedergutzumachen, aber es muß auch eine Schranke zwischen Deutschland und Rußland aufgerichtet werden“*

3. Juni 1919.

Wilson: „Eine Abstimmung in Oberschlesien erscheint mir schwierig; es wäre unerlässlich, zuerst die deutschen Beamten des Landes zu verweisen“ Nach der Meinung unserer technischen Berater ist eine unbehinderte freie Abstimmung unmöglich zu verwirklichen in einem so lange unterdrückten Land, das immer in Furcht vor Repressalien sein würde, wenn die Deutschen nicht verschwinden.“

Lord George: „Und dennoch, trotz dieser Furcht sind die Polen bei den Wahlen 1907 Sieger³⁾ geworden; meine technischen Berater sagen eine für Polen günstige Abstimmung voraus. Sie glauben, daß eine solche Abstimmung den Deutschen spätere Rückforderungen verbieten würde.“

Wilson: „In Deutschland gibt es keine allgemeine Bewegung zugunsten Oberschlesiens; es handelt sich um eine Angelegenheit des Kapitalismus.“

Lord George: „Dennoch ist die Mehrheit der deutschen Regierung sozialistisch, und sie ist es, die Einspruch erhebt.“

Wilson: „Ja, aber auf Bestellung des Kapitals.“

Lord George: Ich bin nicht Ihrer Meinung, es ist ein Nationalgefühl. Oberschlesien ist seit 700 Jahren von Polen losgelöst, ich verlange nichts Übertriebenes, wenn ich fordere, daß seine Bewohner abstimmen können. . . .“*

Clemenceau: „Wir haben nicht versprochen, daß in diesem Gebiet eine Abstimmung stattfinden soll.“

Lord George: „Herr Wilson hat bei jeder Gelegenheit das Recht der Völker, über sich selbst zu bestimmen, verkündet. Wir machen Abstimmungen an der Saar, zu Fiume, zu Klagenfurt, warum sollen wir es in Schlesien verweigern?“

Wilson: „Ich gebe nichts von meinen Grundsätzen auf, aber ich will nicht, daß die Polen unter deutschem Druck abstimmen. . . .“ Nun gut, was wollen Sie von uns? . . .“*

Lord George: „Dasselbe Verfahren wie für Ostpreußen. . .“ Ich will den Frieden; ich weiß aus zuverlässiger Quelle, daß die schlesische Frage die für die Deutschen bedeutendste ist.

²⁾ Schon in vorgeschichtlicher Zeit war Oberschlesien deutscher Volksboden, und wenn es auch vorübergehend für kurze Zeiträume zu Polen gehörte, so kann nicht bestritten werden, daß es praktisch seit dem Jahre 1163 und staatsrechtlich seit dem Jahre 1335 (Trentschiner Vertrag) völlig von Polen gelöst war.

³⁾ Hier irrt Lord George sich, denn bei den ersten ordentlichen Hauptwahlen zum Reichstag 1907 ergab sich von 12 Wahlkreisen in 8 Wahlkreisen eine deutsche und nur in 4 Wahlkreisen eine polnische Mehrheit.

Ich möchte lieber eine Division nach Schlesien, als Armeen nach Berlin schicken.“

Clemenceau: „Es ist ein wenig spät, um dies alles zu sagen.“
werden?“

Lloyd George: „Ich habe keine Lust, die Torheiten Napoleons in Rußland nachzumachen und in Berlin das zu erleben, was er in Moskau erlebt hat.“

Clemenceau: „Es ist ein wenig spät, um dies alles zu sagen.“

Wilson: „Die Frage ist, zu wissen, ob wir nach Recht und Gerechtigkeit entschieden haben. Wenn man mir einen ethnographischen Fehler¹⁾ nachweist, so bin ich bereit, ihn zu berichtigen, aber die Drohung, daß Deutschland seine Unterschrift verweigern werde, berührt mich nicht. Wenn die Deutschen irgendetwas Begründetes in Bezug auf Oberschlesien zu sagen haben²⁾, so stimme ich einer Prüfung der Frage zu.“

Lloyd George: „Es ist keinesfalls zu spät. Der den Deutschen am 7. Mai übergebene Vertrag ist kein Ultimatum. Wir müssen die Deutschen hören; meine Ministerkollegen sind derselben Ansicht. Die Deutschen fordern nichts Unberechtigtes, wenn sie die Befragung der Bewohner verlangen. Was die Freiheit der Abstimmung angeht, so ist das unsere Sache. Sollte Deutschland sich dem Wirksamwerden einer für Polen günstigen Abstimmung widersetzen, so würde das britische Heer mit Begeisterung auf Berlin marschieren. Was ich will, ist dies: ich muß dafür sorgen, das englische Volk hinter mir zu haben, wenn sich neue Schwierigkeiten ergeben. . . .“
Meinerseits habe ich die Überzeugung, daß die Abstimmung Oberschlesien Polen geben und zu gleicher Zeit die Unterzeichnung (des Versailler Diktates) erleichtern wird. . . .“

Clemenceau: „Sie sagen, Herr Lloyd George, daß Sie nicht nach Berlin zu marschieren wünschen. Ich ebensowenig. Wenn wir Millionen von Soldaten haben töten lassen, so geschah es, um unsere Unabhängigkeit zu retten. Sie sagen, daß Sie die Sonderlage Oberschlesiens kennen lernen wollen; ich antworte darauf, daß unter deutscher Verwaltung Oberschlesien sich nicht frei wird erklären können, und daß unter interallierter Besatzung die Deutschen behaupten werden, daß die Abstimmung

¹⁾ Wilsons „Kenntnisse“ stützten sich auf die gefälschten Statistiken und Karten polnischer Intriganten sowie die falschen Angaben seines „Experten“ Lord. Einer der englischen Experten auf der Konferenz, Professor Dawson, geißelt in seinem Buch „Germany under the Treaty“. Verlag Allen & Unwin, London 1933 (S. 34/35), die polnischen Fälschungen auf das bestmögliche.

²⁾ Deutsche Denkschriften und Proteste hatten immer wieder den wahren Sachverhalt dargelegt. Offenbar sind sie Wilson vorenthalten worden.

verfälscht worden sei⁴⁾). Sie wollen die Leidenschaften der Rassen beschwichtigen, Sie sind im Begriff, sie zu erregen. Es gibt Fälle, in denen es das Einfachste und Verständlichste ist, ganz einfach nein zu sagen. Wir haben die Überzeugung, einen gerechten Vertrag gemacht zu haben, halten wir uns daran. Abstimmung und Besatzung bedeuten für morgen Streitigkeiten, vielleicht Schlachten, in einem Wort, ganz das Gegenteil von dem, was Sie wollen. . . .“

Wilson: „Wir haben in den Friedensgrundlagen gesagt, daß an Polen alle unbestreitbar polnischen Provinzen zurückfallen sollen.“

Lord George: „Aber die Deutschen sagen gerade, daß das hinsichtlich Oberschlesiens nicht der Fall ist.“

Clemenceau: „Wie? Sie wissen selbst gut, daß sogar die deutschen Statistiken Oberschlesien als in großer Mehrheit polnisch⁵⁾ bezeichnen.“

Lord George: „Doch gibt es nicht nur das Recht; es gibt auch eine Gesinnung, und ich bitte sie zu erforschen.“

Wilson: „Die ethnographische Frage ist nicht zweifelhaft. Im übrigen will ich gern dem, was wir beschlossen haben, noch etwas hinzufügen; aber wir sind dazu durch die Friedensgrundlagen nicht verpflichtet.“

Lord George: „Unter ethnographischen Gesichtspunkten müßte man dann sagen, daß das Elsaß deutsch ist.“

Clemenceau: „Die Frage Elsaß-Lothringens läßt sich, das wissen Sie gut, mit keiner anderen vergleichen.“

Wilson: „Nach meiner Meinung steht unsere Entscheidung über Schlesien nicht im Gegensatz zu den 14 Punkten“).

Lord George: „Wer von uns hat an Oberschlesien gedacht, bevor der Bericht unserer Experten uns mit Beschlag belegt hat?“

Clemenceau: „Sie irren sich absolut; alle Polen haben von Anfang an Oberschlesien zurückgefordert.“

Wilson: „Herr Clemenceau hat recht. Als ich in Washington Omowiski und Paderewski empfangen habe, habe ich sie lange, mit Karten in den Händen, befragt⁶⁾); ihre Ansprüche

⁴⁾ Tatsächlich hat später die Haltung der französischen Bejahung unter Le Rond wesentlich zur Verfälschung des Abstimmungsergebnisses beigetragen.

⁵⁾ Clemenceau verwechselt Sprache und Volkswille. Vgl. die Karte Werner-Hogmann „Das Unrecht an Ostdeutschland im Friedensdiktat“, Veltj-Langensalza, 1934.

⁶⁾ Von Wilson, der planmäßig irreführt worden war, konnte irgendeine objektive Einsicht in die wahren Verhältnisse nicht erwartet werden. Soll er doch Prag als die Hauptstadt Polens bezeichnet haben Dawson. a. a. O., S. 31).

⁷⁾ Über dieses Ränke- und Intrigenpiel vgl. meinen Aufsatz „Wilson und die deutsch-polnische Frage“, Deutsche Grenzlande 1932, Nr. 12.

waren übertrieben, aber wir haben uns schließlich auf die Formel geeinigt: „Polen alle von Polen bewohnten Gebiete zu geben“.

Lord George: „Ich wiederhole Ihnen, daß wir niemals daran haben denken können, Polen eine Provinz zu geben, die seit 900 Jahren nicht mehr polnisch gewesen ist.“

Clemenceau: „Ich wiederhole Ihnen meinerseits, daß die Rückgabe Oberschlesiens immer von Polen verlangt und von uns als berechtigt anerkannt worden ist.“

Wilson: „Kommen wir zum Schluß! Man könnte einer Volksbefragung unter der Kontrolle einer interalliierten Kommission zustimmen; wir würden erklären, daß die Abstimmung null und nichtig ist, wenn die Kommission feststellt, daß irgendein Druck ausgeübt worden ist“¹⁰⁾.

Nach weiteren Erörterungen über den Abmarsch der deutschen Truppen aus Oberschlesien und ihren Ersatz durch interalliierte Streitkräfte wird trotz des Widerstandes von Clemenceau beschlossen, daß die Experten einen Vorschlag in diesem Sinne vorbereiten sollen.

5. Juni 1919.

Wilson (zu Baderewski): „Man sagt uns, daß die für Deutschland lebenswichtige Frage die Oberschlesiens sei. Unsere Experten haben eine Note vorbereitet, die Ihnen mitgeteilt worden ist, aber vor jeglicher Entscheidung wünschen wir Ihre Ansicht“¹¹⁾. Die wesentliche Änderung wird die Einrichtung einer Abstimmung sein. Die Bevölkerung ist in großer Mehrheit polnisch“¹²⁾, das wissen wir, aber gewisse Persönlichkeiten denken, daß eine Abstimmung, selbstverständlich nach Abzug der deutschen Truppen, unseren Entscheidungen größeren Nachdruck verleihen würde.“

Baderewski: „Der gegenwärtige Vertragstext war die Gerechtigkeit selbst. Es gibt in Schlesien zwei Bezirke“¹³⁾: in dem einen hat Polen eine zahlreiche Mehrheit, in dem anderen ist die Mehrheit deutsch. Der westliche, landwirtschaftliche Teil steht unter dem Einfluß der katholischen Geistlichkeit, die für unseren Standpunkt sehr gefährlich ist und die Meinung der Bauern beeinflusst; im Osten ist die Bevölkerung bewußter und freier, aber wenn der Osten allein polnisch wird, so wird die ganze Industrie im Randgebiet der Grenze liegen.“

Lord George: „Welches ist das am dichtesten bewohnte Gebiet?“

¹⁰⁾ Theoretisch verurteilt Wilson hier jegliche Gewaltanwendung, praktisch ließ er später die drei polnischen „Aufstände“ zu, ohne ihnen — etwa durch Entsendung amerikanischer Truppen — Einhalt zu gebieten.

¹¹⁾ Nach der Ansicht der Deutschen fragt er nicht.

¹²⁾ Daß Wilson sich irrte, zeigte später die Abstimmung, die eine starke Mehrheit für Deutschland ergab.

Paderewski: „Der Osten. Im Bergbauggebiet gibt es 900 000 Polen und 400 000 Deutsche. Der landwirtschaftliche Bezirk hat 600 000 Bewohner. Im ganzen ist das Land unbestreitbar polnisch“¹¹⁾).

Wilson: „Die Deutschen selbst erkennen an, daß die Bevölkerung polnisch ist“¹²⁾).

Paderewski: „Nichtsdestoweniger beanspruchen sie Oberschlesien.“

Clond George: „Wenn wir vom gesamten Schlesien und nicht allein von Oberschlesien sprechen, so ist es insgesamt in seiner Mehrheit deutsch.“

Paderewski: „Ja, aber es gab viele Leute in Breslau, die polnisch sprachen, als ich dort war“¹³⁾).

Clémenceau: „Über was Oberschlesien anlangt, so sind Sie, nachdem das Gebiet von den deutschen Truppen geräumt worden ist, mit einer Abstimmung einverstanden? Das wollen wir von Ihnen wissen.“

Paderewski: „Eine solche Abänderung des Vertrages würde mich zur Demission verpflichten, denn das Volk, dem der Text vom 7. Mai Oberschlesien versprochen hat, würde das Vertrauen verlieren.“

Clond George: „Nichts von alledem haben wir versprochen. Wir haben einen Vertragsentwurf ausgefertigt, wir haben ihm nicht die Form eines Ultimatus gegeben. Wir haben uns vorbehalten, die Antwort der Deutschen zu prüfen, insolgedessen haben wir das Recht, Zugeständnisse zu machen, wenn sie berechtigt sind. Wie? Gestern noch war Polen in drei Teile gespalten, Ihre Mitbürger bekämpften sich einander, und alle kämpften sie gegen die Unabhängigkeit ihres Landes; heute sind Sie eines wiedererstandenen Polens sicher, das 20 Millionen Bewohner haben wird, heute fordern Sie außerdem nicht polnische Volksteile¹⁴⁾, zum Beispiel Galizien. Sie verlangen dies von uns, Sie, deren Freiheit den 1 500 000 Toten Frankreichs, den 800 000 Toten Englands und den 500 000 Toten Italiens zu verdanken ist. Unser Blut hat Ihre Unabhängigkeit bezahlt. Wenn Sie sich gegen unsere Entscheidungen auflehnen, so werden wir uns alsdann in Ihren Absichten geirrt haben.“

¹¹⁾ Faktisch sicher ein Fehler, daß Paderewski hier dieses Eingeständnis entschüpft. Es bewirkt, daß Wilson, der bis dahin gezögert hatte, nunmehr die Abstimmung annimmt.

¹²⁾ Die Abstimmung zeigte, daß Oberschlesien im ganzen unbestreitbar deutsch war.

¹³⁾ Auch Wilson verwechselt Sprache und Volkswille.

¹⁴⁾ Ein geradezu blühender Unsinn oder — eine unverschämte Lüge.

¹⁵⁾ Auch heute noch betragen die Minderheiten über 30% der Gesamtbevölkerung Polens.

Paderewski: „Ich habe mich begnügt zu sagen, daß ich nicht würde die Macht¹⁸⁾ behalten können.“

Lloyd George: „Wir haben Polen, Böhmen und Südslawien die Freiheit gegeben, und gerade diese Länder lehnen sich gegen die Abstimmung auf? Sie sind viel herrschsüchtiger als die Großmächte selbst.“

Paderewski: „Ich möchte dem nicht beipflichten, was Sie sagen. Sie beschränken sich darauf, Eindrücke aus der Presse wiederzugeben.“

Lloyd George: „Ich sage, daß Sie Völker gegen deren Willen annectieren wollen.“

Paderewski: „Nicht im geringsten; wir verteidigen unsere Landsleute, solange sie bedrängt werden.“

Clemenceau: „Ich möchte zur Frage der Abstimmung zurückkommen. Wenn sie nach einer gewissen Frist stattfindet, und wenn bis dahin amerikanische Truppen das Land besetzt haben, glauben Sie, daß die Abstimmung dann frei und für Polen günstig verlaufen würde?“

Paderewski: „Ja, unzweifelhaft für den östlichen Teil, aber hinsichtlich des westlichen Teils macht der dreifache Einfluß der Grundbesitzer, der Beamten und der Geistlichkeit die Ergebnisse zweifelhaft. . . .“¹⁹⁾

Nummehr schließt sich Wilson der Meinung von Lloyd George an, und die Abstimmung wird im Prinzip beschlossen. Späterhin arbeiten die Experten die näheren Bedingungen für die Volksbefragung aus.

9. Juni 1919.

Zunächst wird die Frage des Zeitraumes zwischen der Unterzeichnung des Friedensdiktats und der Abstimmung behandelt, wobei Lloyd George darauf hinweist, daß drei Experten der Abstimmung feindlich gegenüberstehen.

Lloyd George: „In dem Bericht der Experten sind unannehmbar Vorschläge enthalten, z. B. die der Ausweisung der ganzen Geistlichkeit²⁰⁾. Man muß der künftigen Kommission, die sich an Ort und Stelle begeben wird, die Freiheit ihrer Entschlüsse überlassen.“

Clemenceau: „Ich gebe zu, daß die Ausweisung der ganzen Geistlichkeit vielleicht schwierig ist; Sie können indessen nicht verkennen, daß ihr Einfluß im prodeutschen Sinne beträchtlich sein wird.“

¹⁸⁾ Macht = Amt.

¹⁹⁾ Paderewski dachte also über den Ausfall der Abstimmung keineswegs optimistisch. Hätte Wilson dieser Antwort eine größere Beachtung geschenkt, so wäre auch ihm eine Ahnung gekommen, wie sehr er von den Polen irreführt worden war.

²⁰⁾ Eine solche Forderung im Europa des 20. Jahrhunderts!

Lloyd George: „Wie in Irland, und trotzdem vertreiben wir die irländische Geistlichkeit nicht. Die Abstimmung wird den Deutschen jeden Vorwand zum Kampfe nehmen. — Zusammen mit Zugeständnissen hinsichtlich der Reparationen werden die Deutschen unterzeichnen.“

Für den Nachmittag des 11. Juni wird eine Besprechung mit der Kommission für die polnischen Angelegenheiten vorgesehen.

11 Juni 1919.

Clemenceau: „Wollen Sie die Kommission für die polnischen Angelegenheiten hören?“

Lloyd George: „Diese Kommission zeigt viel Parteilichkeit in Hinsicht auf Polen. Ich will mit ihr darüber nicht diskutieren.“

Clemenceau: „Wir werden nur unter uns Erörterungen anstellen, aber vor allem müssen wir zunächst die Kommission hören und sie befragen. Ich lasse es dabei bewenden, erneut zu wiederholen, daß ich gegen die Abstimmung in Oberschlesien bin. Da Sie sich alle über das Grundsätzliche einig sind, so schließe ich mich aus Verständigungsbereitschaft an; aber ich kann nicht verkennen, daß überall dort, wo die Bevölkerung polnische Abgeordnete gewählt hat, die Abstimmung überflüssig ist“²¹⁾.

Wilson: „Man könnte in der Tat ihre Abgrenzung prüfen²²⁾. Hinzufügen muß ich, daß mein Kollege, Herr White, mir gleiche Nachricht über den prodeutschen Einfluß der polnischen Geistlichkeit vermittelt hat.“

Lloyd George: „Ich wette, daß diese Nachricht aus polnischer Quelle stammt. Sehen Sie, was die Polen über die Juden sagen, sie behaupten, sie auf die beste Art von der Welt zu behandeln. Jedermann weiß, daß das nicht wahr ist. Die Abstimmung ist eine gerechte Sache. Ohne Abstimmung würden wir kein ruhiges Gewissen haben, wenn es notwendig werden sollte, britische Truppen für Oberschlesien in den Tod zu schicken. Eine um einige Monate ausgeschobene Abstimmung oder eine interalliierte Besatzung würden uns freie Wahlen sichern.“

Eine heftige Bemerkung des Präsidenten Wilson ist Anlaß zu einem lebhaften Wortwechsel zwischen dem englischen und amerikanischen Staatsmann, wobei letzterer Lloyd George Parteilichkeit vorwirft und u. a. sagt: „... da es sich um eine Angelegenheit mit den Deutschen handelt, bin ich gegen sie und für Polen.“

²¹⁾ Gerechterweise wäre dann in den Wahlkreisen mit deutschen Abgeordneten eine Abstimmung ebenfalls überflüssig gewesen.

²²⁾ Die Parteilichkeit Wilsons greift den Hinweis Clemenceaus gern auf.

Lord George: „Sie wissen gut, daß mein einziges Ziel ist, Polen keine nicht polnischen Gebiete zu geben; wenn wir dies verwirklichen wollen, so werden wir uns nicht streiten können, um ihm solche Gebiete zuzusichern.“

Wilson: „Ich bedaure die Erregung, die ich bei Ihnen hervorgerufen habe; überdies bleibt es unerörtert, ob Sie in dieser Hinsicht niemals Ihre Meinung geändert haben.“

Lord George: „Ich will einen Konflikt vermeiden. Die Deutschen in Oberschlesien halten die Polen für ein geringwertiges Volk, das sie verachten. Die Deutschen unter polnische Hoheit zu stellen, bedeutet, Verwicklungen zu provozieren.“

Nach kurzen Erörterungen über die Frage der Besetzung erscheinen die Experten: Cambon, Le Rond, Korley und Lord.

Wilson: „In welchen Punkten stimmen die Experten überein, in welchen nicht?“

Le Rond: „Übereinstimmung besteht in der territorialen Frage, in der Kohlenfrage und über die finanziellen Klauseln; Uneinigkeit über die Frage der Abstimmung in Oberschlesien. Präsident Wilson hat uns vor zwei Tagen im Namen der Vier die Anordnung gegeben, zwei Vorschläge vorzulegen, der eine für eine Abstimmung in kurzer Frist, der andere für eine spätere Abstimmung. Die Polen in Oberschlesien sind nicht frei; die Großgrundbesitzer sind Herren des Bodens, sie sind wahre Feudalherren, mächtiger als die des 13. Jahrhunderts, denn ihnen gehört nicht allein der Boden, ihnen gehören die Bodenschätze, die Fabriken und das Kapital.“

Clemençeau: „Besonders der Bischof von Breslau ist einer dieser großen Besitzer.“

Le Rond: „Darüber werde ich gleich sprechen²³⁾. Die großen Besitzer, vor allem die Geistlichkeit, haben das Land in der Hand; der Bischof von Breslau ist besonders mächtig. Seit dem Waffenstillstand sind die polnischen Priester anderswohin geschickt worden. Die Deutschen hindern die polnischen Zeitungen am Erscheinen; man berichtet, daß, wenn Oberschlesien polnisch wird, das Geld der Sparkassen verschwinden werde. Nach der allgemeinen Übereinstimmung der Experten müssen ernsthafteste Vorkehrungen getroffen werden. Die Mehrheit der Experten meint, daß dies einen genügend langen Aufschub — von ein bis zwei Jahren — erfordert.“

Lord George: „Ich nehme den Vorschlag an.“

²³⁾ Die nachfolgenden Ausführungen Le Ronds kennzeichnen sich als äbelste Verdrehungen.

Le Rond: „Von acht Wahlkreisen in Oberschlesien wurden fünf von den Polen vertreten“²⁴⁾.

Lord George: „Und diese Polen forderten ihre Unabhängigkeit zurück?“

Lord: „Sie konnten es unter deutscher Herrschaft nicht.“

Wilson: „Es gab eine starke polnische Partei in Oberschlesien.“

Le Rond: „Ja.“

Lord George: „Ich glaube, es ist nutzlos, die Frage nach einer unmittelbaren Abstimmung aufzuwerfen.“

Le Rond: „Ich werde über die Vorbereitung der Abstimmung sprechen. Wenn die Volksbefragung sich nur nach einem hinreichend langen Aufschub wird durchführen lassen, so werden der Kommission stärkere Machtbefugnisse übertragen werden müssen.“

Lord George: „Was mich betrifft, so ist diese Frage geregelt.“

Le Rond: „Wer soll den Zeitpunkt der Abstimmung festsetzen, die Mächte oder der Völkerbund?“

Lord George: „Ich nehme beide Lösungen an.“

Wilson: „Können Sie uns über die polnische Partei in Oberschlesien unterrichten?“

Lord: „Es gibt deren zwei, eine sozialistische und eine nicht-sozialistische, aber beide arbeiten für die Einheit Polens“²⁵⁾.

Lord George: „Ist es nicht ebenso wie in Irland oder in Wales: Hinneigung zum Nationalbewußtsein, aber, bis in die neuere Zeit hinein, niemals — selbst in Irland — ein ernsthafter Gedanke der Loslösung?“

Lord: „Die Loslösung war in den Programmen wahrscheinlich deshalb nicht enthalten, weil man sie bei dem (bisherigen) Zustande Europas nicht für möglich hielt.“

Le Rond: „Seit dem Kriege ist die Bewegung zugunsten Polens in ganz Oberschlesien sehr aktiv geworden“²⁶⁾.

Lord George: „Das bestreite ich nicht; ich kenne nur nicht die Stärke der polnischen Gesinnung.“

Die Experten verlassen nunmehr die Beratung.

Wilson: „Meines Dafürhaltens ist es nötig, daß wir entscheiden, daß wir uns auf eine Abstimmung geeinigt haben, die frühestens nach einem Jahr, höchstens nach zwei Jahren stattfindet. Herr Lord erfährt von einem Amerikaner, der an

²⁴⁾ In Wirklichkeit waren bei den ersten ordentlichen Wahlen 1912 zum Reichstag 69,2% der gültigen Stimmen auf deutsche Listen, nur 30,8% auf polnische Listen entfallen. Zudem sind in den polnischen Anteilen zweifellos zahlreiche Stimmen nicht polnisch, sondern nur schlechthin oppositionell gestimmter Wähler enthalten.

²⁵⁾ Lord meint damit die P.P.S. (Sozialistische Richtung Piłsudskis) und die N.D. (Nationaldemokratische Richtung Dmowski).

²⁶⁾ Aktiv in dem Sinne, daß polnische Agitatoren das ober-schlesische Volk aufpeitschten und so einen künstlichen Erregungszustand schufen.

Ort und Stelle gewesen ist, daß alle Schichten der Bevölkerung die Abstimmung wünschen. Aber Herr Lord selbst ist, wohlgemerkt, der Abstimmung abgeneigt.“

Clemenceau: „Ich habe dem, was ich gesagt habe, nichts hinzuzufügen; ich bleibe dabei, daß die Abstimmung ein Irrtum ist. Da ich aber mit meiner Ansicht allein stehe, muß ich mich damit abfinden, ich bleibe aber dabei, daß wir großen Schwierigkeiten in Oberschlesien entgegengehen, und daß eine rasche Entscheidung besser gewesen wäre.“

Der Rat nimmt nunmehr, nach kurzen Erörterungen über die Frage der Besatzung, der Zwischenfrist und der Kosten der Besatzung, einen Entwurf der Richtlinien über die Befugnisse der Abstimmungskommission an.

14. Juni 1919.

Wilson (zu Dmowski und Paderewski): „Wir haben uns entschlossen, zu einer Abstimmung unsere Zuflucht zu nehmen, um für die Zukunft auch den geringsten Vorwand einer irredentistischen Handlung Deutschlands auszuschalten. Ubrigens erkennen die Deutschen an, daß die Bevölkerung in der Mehrheit polnisch ist, aber sie leugnen, daß sie mit Polen vereinigt zu werden wünscht. Herr Paderewski hat zwei Gebiete unterschieden, das des Bergbaues im Osten, wo das Abstimmungsergebnis nicht zweifelhaft erscheint und das landwirtschaftliche Gebiet im Westen, wo das Ergebnis zweifelhaft ist²⁷⁾. Dieser Beobachtung müssen wir Rechnung tragen. Wir haben also beschlossen:

1. daß die Volksbefragung nach Gemeinden erfolgen soll,
2. daß sie mehrere Monate hinausgeschoben werden soll, damit der deutsche Druck ausgeschaltet werden kann,
3. daß die deutschen Truppen unnerzüglich Oberschlesien verlassen.

Paderewski: „Ich kann nicht verhehlen, daß das ein grausamer Schlag ist, denn man hat uns Oberschlesien versprochen. Wenn die Abstimmung uns nicht günstig sein sollte, so sind es die Landleute und die Arbeiter, die darunter leiden werden. Was den Aufschub anlangt, den Sie vorgesehen haben, so würde er eine unerträgliche Spannung hervorrufen: die Abstimmung dürfte nicht länger als höchstens sechs Monate hinausgeschoben werden²⁸⁾. Unsere Delegation nimmt Ihre Entscheidung mit der Achtung an, die sie für Sie empfindet, aber nicht ohne tiefes Bedauern.“

Wilson: „Ihre Worte haben mich tief bewegt; ich habe viele Zweifel und Gewissenbisse über mich ergehen lassen müssen.“

²⁷⁾ Wilson bedient sich hier derselben Unterscheidung, die Paderewski unvorsichtigerweise am 5. Juni gebraucht hat, ein Zeichen dafür, daß er mißtrauisch geworden ist.

²⁸⁾ Vgl. Anmerkung 31.

Clémenceau: „Sie wissen, daß meine Meinung sich niemals geändert hat.“

Lord George: „Auch mich haben die Erklärungen Paderewskis stark bewegt; wir haben lange überlegt, aber ich bin sicher, daß Polen, was das Bergbauggebiet betrifft, von der Abstimmung nichts zu befürchten hat.“

Wilson: „Ein Amerikaner, der an Ort und Stelle gewesen ist, sagte mir, daß die Vereinigung mit Polen von allen gewünscht und das Abstimmungsergebnis günstig ausfallen wird.“

Smowlski: „Ich bin überzeugt, daß die Abstimmung, alles in allem, gute Ergebnisse bringen wird. Ich kenne die deutsche These gut. Die Deutschen erklären, daß die Bevölkerung nicht polnisch zu werden wünscht. Ich gebe zu, daß sie vor fünfzig Jahren nur noch der Sprache nach polnisch war; aber während des letzten halben Jahrhunderts ist ein großes Erwachen gekommen²⁹⁾. Dies könnte sogar Schwierigkeiten hervorrufen, wenn Gebietsteile, die im Jahre 1919 zögern sollten, sich für Polen zu erklären, später sich gegen die deutsche Herrschaft erheben würden. Was würden dann die Großmächte tun?“³⁰⁾.

Wilson: „Es ist eine der wesentlichen Aufgaben des Völkerbundes, ähnliche Fragen zu schlichten.“

Lord George: „Einverstanden. Wir können nicht alles auf einmal regeln, aber es wird ein ständiges Überwachungsorgan vorhanden sein.“

Nach kurzen Erörterungen mit Wilson ziehen die polnischen Unterhändler sich zurück.

Lord George: „Alle Parteigänger Polens haben verlangt, daß die Abstimmung hinausgeschoben werde, und nun fordern die polnischen Delegierten, daß sie so bald als möglich stattfindet“³¹⁾.

Wilson: „Ich hätte geglaubt, daß ein Aufschub von einem oder zwei Jahren eine Garantie“³²⁾ für Polen bedeute.“

²⁹⁾ Wie dieses „Erwachen“ aussah, beweist die Tatsache, daß in den 10 Reichstagswahlen von 1871 bis 1898 die Polen in keinem der 12 oberschles. Wahlkreise eine Mehrheit erzielten. Erst um die Jahrhundertwende setzte die „Volkbewegung“ in Oberschlesien als das Werk der um diese Zeit aus Posen und Galizien zugewanderten polnischen Propagandisten und des Marcinkowshvereins ein. Sie ist nicht organisch gewachsen und historisch begründet, sondern künstlich und mit unlauteren Mitteln in das oberschlesische Volk hineingetragen worden.

³⁰⁾ Diese Erklärung des polnischen Außenministers beweist, daß schon im Monat Juni 1919 die polnischen Staatsmänner den Plan hatten, die Abstimmungsergebnisse durch Aufstände zu verbessern und die Großmächte vor vollendete Tatsachen zu stellen.

³¹⁾ Um möglichst viel Erfolgsaussichten zu haben, mußten die Aufstände so schnell wie möglich ausbrechen, um Deutschland keine Zeit zu lassen, die Schwierigkeiten der ersten Nachkriegszeit zu überwinden und sich zur Wehr zu setzen.

³²⁾ Wilsons Parteilichkeit tritt noch einmal deutlich hervor.

Clemençeau: „Das ist möglich, aber Herr Baderewski jagte Ihnen, daß die dazwischen liegende Zeit jedermann verrückt machen könnte.“

Wilson: „Man muß dem, was er gesagt hat, Rechnung tragen und eine Bestimmung wählen, die es gestattet, wenn nötig, die Zwischenzeit bis zur Abstimmung abzukürzen. Ich schlage vor zu sagen von sechs bis achtzehn Monaten.“

Der Vorschlag wird angenommen.

Die diplomatisch-politische Vorgeschichte der Abstimmung ist damit abgeschlossen. Das endgültige Friedensdiktat wurde am 28. Juni 1919 unterzeichnet. Es folgte nun für Oberschlesien die furchtbare Zeit der Aufstände. Dmowski hatte sie am 14. Juni bereits angekündigt, als er an Wilson die Frage richtete, was die Großmächte im Falle eines Aufstandes in Oberschlesien, den er für wahrscheinlich halte, tun würden. Statt diesen Absichten schroff entgegen zu treten, hatte Wilson nichts anderes zu entgegnen vermocht, als auf die Zuständigkeit des Völkerbundes zu verweisen. Zuvor, nämlich am 3. Juni, aber hatte er noch gesagt: „daß die Abstimmung null und nichtig ist, wenn die Kommission feststellt, daß irgendwie ein Druck ausgeübt worden ist“.

Schon die beiden ersten „Aufstände“ wurden planmäßig organisiert. Der italienische Staatsmann Nitti sagt in seinem Buch „Das friedlose Europa S. 220 (zit. bei René Martel, Les Frontières Orientales de l'Allemagne, Paris): „Alle Gewalttaten, die in Oberschlesien begangen wurden, um zu verhindern, daß die Abstimmung für Deutschland günstig ausfalle, sind nicht nur geduldet, sondern von langer Hand vorbereitet worden.“ Sie sollten die oberschlesische Bevölkerung einschüchtern, um sie auf diese Weise zu zwingen, ihre Stimmen für Polen abzugeben. Die Leitung der „Aufstände“ bestand zum großen Teil nicht aus Oberschlesiern, und auch an den Kämpfen nahmen weniger die Oberschlesier selbst, als vielmehr aus Polen nach Oberschlesien geschickte bewaffnete Banden teil. Die Franzosen standen Gewehr bei Fuß, ja nicht einmal dies, sie förderten die „Aufständischen“ in jeder Weise. Musterhaft war, im Gegensatz zu der auch heute noch nicht restlos geklärten eigenartigen Haltung Orlandos, das Verhalten der italienischen Truppen, die sich selbst unter Einsatz ihres Lebens bemühten, die Freiheit der Abstimmung sicherzustellen. Künstlich gemacht, nicht als eine elementare Erhebung des oberschlesischen Volkes, stehen diese beiden Aufstände vor dem objektiven Blick der Geschichte. Dann, am 20. März 1921, folgte die Abstimmung. In großer Mehrheit erklärte sich das oberschlesische Volk für ein Verbleiben bei Deutschland. Wie sehr hatte sich doch Wilson von Baderewski und Dmowski

irreführen lassen, wenn er noch am 3. Juni 1919 in Anlehnung an Punkt 13 seiner 14 Punkte hatte sagen können, „daß an Polen alle unzweifelhaft polnischen Provinzen zurückfallen sollen“ und daß nach seiner Meinung „unsere Entscheidung über Oberschlesien — d. h. die abstimmungslose Zuteilung an Polen — nicht im Gegensatz zu den 14 Punkten steht“. Wo blieb sein Einspruch gegen den polnischen Terror vor der Abstimmung, wo die Treue zum eigenen Wort, nachdem die Abstimmung für Deutschland günstig ausgefallen war? Er war es, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker bei jeder Gelegenheit verkündet hatte. Irreführt durch gefälschte Karten und Statistiken³³⁾, die ihm polnische Intriganten in die Hand gaben, falsch unterrichtet von seinem ersten Experten, Dr. Robert Howard Lord, eine schwankende Figur in den Verhandlungen von Versailles, so steht Wilson vor der Geschichte als der Staatsmann, der seine eigene Idee preisgab und damit in erster Linie verantwortlich ist für das Unglück, unter dem das oberschlesische Volk heute, 15 Jahre nach Friedensschluß, noch leidet. Der Schluß der oberschlesischen Tragödie ist allgemein bekannt. Statt entsprechend dem Vertrag³⁴⁾ und dem Abstimmungsergebnis Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland zu belassen³⁵⁾, trat man jetzt in Erörterungen über eine Teilung ein³⁶⁾. Zunächst beabsichtigte man, lediglich den Kreis Pleß und einen Teil des Kreises Rybnik an Polen zu geben. Da entfachte Korsantj den dritten „Aufstand“ und setzte damit die Botschafterkonferenz derart unter Druck, daß sie schließlich nachgab und Polen die wertvollsten Gebiete Oberschlesiens, den Hauptteil des Industriebezirks, zusprach. Lloyd George traf den Kern der Sache, als er, jaht

³³⁾ Val. Laubert, Nationalität u. Volkswille, Verlag Hirt, Breslau 1925, S. 47 ff. und Geisler, Die Sprachen- u. Nationalitätenverhältnisse an den deutschen Ostgrenzen u. ihre Darstellung, Verlag Perthes, Gotha 1933.

³⁴⁾ Der Art. 88 des Vertrages von Versailles sagt lediglich, daß die Bewohner Oberschlesiens auf dem Wege der Volksabstimmung berufen werden, zwischen der Vereinigung mit Deutschland oder der Vereinigung mit Polen zu entscheiden.

³⁵⁾ Nitti, a. a. O., S. 220: „Entsprechend dem Vertrag und entsprechend dem Volksentscheid hätte Oberschlesien unverzüglich mit Deutschland wieder vereinigt werden müssen.“ In gleicher Richtung ging die Ansicht Lloyd Georges, der englischen liberalen Presse und der amerikanischen öffentlichen Meinung. Lloyd George lt. Tagebuchvermerk des Viscount d'Abernon v. 22. 3. 1921 („Memoiren“, Bd. I, deutsche Übersetzung, S. 159): „Ich bin der Ansicht, daß das Land als Ganzes zusammenbleiben müsse, und ich will auf keine Teilung eingehen, wenn ich nicht dazu gezwungen werde. . . .“

³⁶⁾ René Martel, Les Frontières Orientales de l'Allemagne, Marcel Rivière, Paris 1931, S. 77.

„Dieser Vorschlag war völlig neu und unerwartet.“

allein stehend, am 13. Mai 1921 erklärte: „Vom geschichtlichen Standpunkt hat Polen kein Recht auf Oberschlesien. . . . Der polnische Aufstand ist eine Herausforderung gegenüber dem Vertrag von Versailles, der die polnische Freiheit erst wieder aufrichtet. Polen ist das letzte Land, das, da es ihn nicht erkämpft hat, ein Recht hätte, sich über den Vertrag von Versailles zu beklagen. Polen hat sich nicht selbst die Freiheit erobert, und es muß daher, mehr als jedes andere Land, jedes Komma des Vertrages respektieren. Es verdankt seine Freiheit Italien, Frankreich und England. . . . Wir haben das Recht über alles, was uns der Vertrag gewährt; aber wir haben auch die Pflicht, auf alles zu verzichten, was uns nicht gegeben werden kann. Es ist unsere Pflicht als unparteiische Schiedsrichter, mit strenger Gerechtigkeit zu Werke zu gehen, ohne an die Vorteile oder Nachteile zu denken, die daraus entstehen können. Entweder sollen die Alliierten dafür sorgen, daß der Vertrag respektiert wird, oder sie sollen den Deutschen erlauben, ihm bei den Polen Respekt zu verschaffen. Man tut gut daran, Deutschland zu entwaffnen, aber hinterher zu verlangen, daß die Truppen, die es besitzt, noch nicht einmal bei der Wiederherstellung der Ordnung mitwirken sollen, ist eine haarsträubende Ungerechtigkeit“²⁷⁾.

Ein französischer Historiker bemerkt hierzu: „Die Geschichte der oberschlesischen Grenzfestsetzung ist die Geschichte der Kapitulation der Großmächte vor der Gewalt“²⁸⁾. Fürwahr, ein niederschmetterndes Urteil über das an Oberschlesien begangene Unrecht!

Was aber folgt für uns aus der Geschichte der oberschlesischen Tragödie? Einige Thesen sollen das zusammenfassen:

1. Deutschland willigte ausdrücklich aufgrund des Vorfriedensvertrages in den Waffenstillstand ein.
2. Der Vorfriedensvertrag bestand aber aus den 14 Punkten Wilsons, deren Punkt 13 feierlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamierte.
3. Der Friedensvertrag vom 7. Mai 1919 verließ diesen Grundsatz, indem er weite Gebiete Deutschlands, vor allem im Osten: Westpreußen, Posen, Teile von Ostpreußen, Niederschlesien und Oberschlesien ohne Volksbefragung an Polen gab.
4. Insoweit die Abtretung dieser Gebiete abstimmungslos erfolgen mußte, haben die interalliierten Mächte selbst gegen die einzige Rechtsgrundlage sämtlicher Verhandlungen,

²⁷⁾ Nitti, Das friedlose Europa, Sozietätsdruckerei, Frankfurt a. M. 1921, S. 185/86.

²⁸⁾ René Martel, a. a. O., S. 79.

gegen Punkt 13 der 14 Punkte Wilsons, verstoßen. Deutschland kann daher das Friedensdiktat nicht anerkennen, sondern muß auf dem Wirksamwerden des Punktes 13 bestehen.

5. Was Oberschlesien anlangt, so hat Frankreich in voller Absicht die polnischen Bestrebungen auf Einverleibung dieses Gebietes an Polen aktiv und passiv unterstützt. Aber auch Wilson, als der verantwortliche Repräsentant der Vereinigten Staaten von Nordamerika, hat die erforderliche Unparteilichkeit nicht gewahrt. Er hat sich von gefälschten polnischen Statistiken und Karten sowie seinen Experten irreführen lassen, und als ihm dann doch Zweifel kamen, hat er nur widerstrebend die Abstimmung zugelassen.
6. Das oberschlesische Abstimmungsergebnis ist durch polnischen Terror beeinträchtigt worden. Frankreich hat die polnischen Gewalttaten nicht nur geduldet, sondern aktiv unterstützt; aber auch Wilson, der Schöpfer der Idee vom freien Selbstbestimmungsrecht der Völker, hat nicht den Mut gefunden, der gewalttätigen Beeinflussung der Abstimmung durch Polen entgegenzutreten.
7. Trotzdem die Abstimmung selbst unter diesen Umständen für Deutschland günstig verlief, ist entgegen dem Wortlaut des Versailler Vertrages die Teilung Oberschlesiens erfolgt. Die Grenzfestsetzung geschah, allen geschichtlichen, geographischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten entgegen, unter dem Schutze der Parteilichkeit Frankreichs und Amerikas und im wesentlichen unter dem Druck, den Polen durch die Entfaltung des dritten polnischen „Aufstandes“ auf die Entschlüsse der Großmächte ausübte.
8. Deutschland ist bei der Grenzziehung im deutschen Osten, vor allem auch in Oberschlesien, Unrecht widerfahren. Es muß die Wiedergutmachung dieses Unrechts, eine Revision der Ostgrenzen, verlangen.

Dieses Ziel zu erreichen, ist nicht nur Aufgabe des deutschen Volkes, denn hierfür ist es zu allen Zeiten und in größter Einmütigkeit eingetreten und wird das auch fernerhin tun. Gerade den verantwortlichen Nationen, Frankreich, Amerika, England, Italien erwächst die Pflicht, an der Befriedung Europas dadurch mitzuarbeiten, daß die territorialen Ungerechtigkeiten im Osten des Deutschen Reiches beseitigt werden. Mit dem Abschluß des deutsch-polnischen Friedenspaktes hat das nationalsozialistische Deutschland bewiesen, daß es den ehrlichen Willen hat, im Wege der Verständigung mit Polen zu einer beide Partner befriedigenden Lösung zu gelangen.

Grenzlandheimat

Heimatblätter für Stadt und Kreis Namslau



Druck und Verlag: Franz Otto, Buchdruckerei („Namslauer Stadtblatt“)
 Bearbeitet von der Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde in der Kreisgruppe Namslau des Bundes Deutscher Osten e. V.

Beilage des „Namslauer Stadtblattes“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages gestattet.

Aufgaben der Mitglieder der Paritätischen Ausschüsse nach den Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien.

Zur Durchführung der Abstimmung in Oberschlesien wurden in Städten und Dörfern des Abstimmungsgebietes Paritätische Ausschüsse aufgestellt. Dieselben bestanden aus deutschen und polnischen Mitgliedern. Führt in einem Paritätischen Ausschuss ein Deutscher den Vorsitz, so war sein Stellvertreter ein Pole. Lag aber der Vorsitz in der

Hand eines Polen, so musste ein Deutscher sein Stellvertreter sein.

Zum Abstimmungsgebiet gehörten laut „Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien“ — herausgegeben von dem Plebiszit-Unterkommissar Kunth in Rybnik — „der ganze Kreis Beobskütz, also auch der Teil, der evtl.

später der Tschecho Slowakei zugesprochen wird (das Gebiet um Ratfcher) und vom mittelschlesischen Kreis Namslau die Orte Hennesdorf, Swiebne (jetzt Kl. Vorzendorf), Polkowitz (Ordnstal), Ballendorf, Dytowitz (Ebenfeld), Roldau, Salesche (Waldhufen) mit Borwerk Bielalanka (Bachwitz), Piello (Wiesenaus), Bachwitz, Miedsy (Wiesenaus), Erdmannsdorf, Sophienthal, Stettersdorf, Johannsdorf, Oberhof, Stierzendorf, Friedrichsberg, Sorzow (Kornitz), Sowade (Wehrmühle), Dschel (Lichtung), Neu-Borwerk, Piecziska (Ofen), Wolz (Schönwiefe), Sbitze (Granitz), Hammer, Dammer.“ —

Im Abstimmungsgebiet des Kreises Namslau kam es fast durchweg vor, daß es für die Paritätischen Ausschüsse keinen Polen für den Vorsitzenden bzw. dessen Stellvertreter gab. Deshalb waren die Polen gezwungen, polnisch gesinnte Männer aus der Kattowitzer Gegend in dieses Gebiet zu entsenden. Nach Bachwitz wurde ein nur wenig über zwanzig Jahre alter Pole, namens Zajonz, entsandt, der der hochpolnischen Sprache weder in Wort noch in Schrift mächtig war. Dieser führte den Vorsitz im Paritätischen Ausschuss. Nach Sophienthal wurde ein 40-jähriger Pole aus derselben Gegend geschickt, der das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden zu übernehmen hatte. Mit welcher Auffassung diese Leute ins hiesige Abstimmungsgebiet kamen, bezeugt folgendes Erlebnis: Der letztgenannte Pole, dessen Namen mir leider nicht mehr geläufig ist, äußerte noch am Vorabend der Abstimmung: „Gutes Gras soll mir aus den Händen wachsen, wenn nicht auch dieses ganze Gebiet durch die Abstimmung an Polen fällt“, worauf ihm einer der Anwesenden schlagfertig zur Antwort gab, daß er in diesem Falle bereit wäre, ihm dieses Gras aus den Händen zu fressen.

Mit welchen anderen Mitteln diese polnischen Sendlinge gearbeitet haben, beweist eine polnische Ansichtskarte, die ich einem derselben seinerzeit abgenommen habe. Sie zeigt einen deutschen Friedhof, auf dem im Vordergrund ein Grab mit einem Kreuz mit polnischer Aufschrift zu sehen ist, das von einem uniformierten Deutschen durch einen Fußtritt vernichtet werden soll. Dieses schändliche Lügenmachwerk trägt in polnischer Sprache einen vierzeiligen Vers, dessen Inhalt in deutscher Uebersetzung etwa lautet: „Nachdem das Opfer endlich die Erde bedeckt, gönnt ihm der Deutsche den ewigen Schlummer nicht.“ Mit solchen und ähnlichen Schwindelkarten, von denen mir leider nur diese geblieben ist, haben diese polnischen Sendlinge es versucht, Stimmung für sich unter der deutschen Bevölkerung zu machen. —

Im Paritätischen Ausschuss waren Deutsche und Polen gleichberechtigt. Die deutschen Mitglieder desselben vertraten die deutschen Interessen und hatten darauf zu achten, daß diese nicht benachteiligt wurden. Nur bei gleichzeitiger Anwesenheit von 4 Mitgliedern konnten gültige Beschlüsse zustandekommen. Dieselben mußten einstimmig gefaßt sein.

Die Mitglieder erhielten für ihre Arbeit eine Entschädigung. Um die große Arbeit bewältigen und die deutschen Interessen allzeit vertreten zu können, mußten sie von ihren Berufspflichten vollständig frei sein. Ihre Dienst- und Sprechstunden für das Publikum waren vom inter-alliierten Büro festgesetzt worden. Vom 14. Januar bis 3. Februar und vom 6. bis 17. Februar 1921 mußte der Ausschuss mindestens 6 Stunden täglich für das Publikum zu sprechen sein. Sonn- und Feiertage waren von dieser Bestimmung nicht ausgenommen.

Der Ausschuss mußte nicht nur die Stimmberechtigten selbst, sondern auch die Vertreter derselben anhören. Die deutschen Vertrauensmänner mußten ebenfalls jederzeit gehört werden. Sie hatten auch das Recht, Anträge auf Eintragung in die Stimmliste einzureichen, und konnten jederzeit von der erfolgten Eintragung sich überzeugen. Zur reibungslosen Abwicklung ihrer Aufgaben war ein enges Zusammenarbeiten mit dem Paritätischen Ausschuss dringend notwendig.

Die Mitglieder der Paritätischen Ausschüsse und die Vertrauensleute genossen bei Ausübung ihres Dienstes die Rechte der öffentlichen Beamten und den erhöhten strafrechtlichen Schutz. Jeder Verstoß gegen die Artikel 36—48 der Abstimmungsvorschriften mußte dem Unterkommissar sofort schriftlich gemeldet werden. Besonders gefährlich war Artikel 47. Die einfache Beschuldigung, gegen das Abstimmungsgesetz gehandelt zu haben, genügte unter Umständen zur sofortigen Verhaftung und Ausweisung. Jeder diesbezügliche Vorfall mußte daher auf der Stelle dem Unterkommissar gemeldet werden, damit sofortige Gegenmaßnahmen ergriffen werden konnten.

Der Paritätische Ausschuss war berechtigt, von allen Behörden (Gemeindevorsteher, Ortsvorsteher, Standesbeamten, Führer der Melderegister, Landratsämter, Polizeiverwaltungen usw.) alle für die Eintragung in die Stimmliste notwendigen Auskünfte oder Urkunden in Urschrift oder Abschrift sofort zu verlangen. Alle Behörden waren deshalb angewiesen, jede Hilfe bei Aufstellung der Stimmliste zu leisten. Sittliche Aufmerksamkeit, volle Arbeitskraft und große Opferwilligkeit mußten von den Mitgliedern der Paritätischen Ausschüsse und den Vertrauensleuten verlangt werden.

Der Paritätische Ausschuss bestand aus je 2 deutschen und je 2 polnischen ordentlichen Mitgliedern und einigen Stellvertretern. Letztere konnten zur Mitarbeit herangezogen werden, was auch überall geschah. In Gemeinden mit mehr als 2400 Einwohnern mußte ein Unterausschuss eingesetzt werden, der dann am 14. Januar 1921 zusammenzutreten mußte.

Die wichtigste Aufgabe des Paritätischen Ausschusses war die Aufstellung der Stimmliste. Sie war in vier Abteilungen aufzuteilen. In die Abteilung A der Liste kamen die Namen der in Oberschlesien geborenen und hier wohnenden Personen. Mit der Aufstellung dieser Liste konnte sofort begonnen werden, weil sie von Amtswegen erfolgte. Zur Aufstellung der Abteilungen B, C und D mußten die Anträge der Abstimmungsberechtigten abgewartet werden, weshalb sich die Arbeit für diese Abteilungen auf die letzten Tage vor der Abstimmung zusammendrängte.

Jeder mußte in der Gemeinde abstimmen, in welcher er am 1. Oktober 1920 seinen Wohnsitz hatte. Wer innerhalb des Abstimmungsgebietes geboren war, aber seinen Wohnsitz außerhalb desselben hatte, stimmte in seinem Geburtsort ab. Diesen mußten die roten Legitimationskarten zugestellt werden, während die übrigen Abstimmungsberechtigten grüne Legitimationskarten erhielten. Mit roten und grünen Legitimationskarten wurde ein schwinghafter Handel getrieben. Zahlreiche Kartenformulare wurden gestohlen, mit Fälschungen ausgefüllt, damit Leute, die nicht abstimmungsberechtigt waren, mit Hilfe solcher Karten ihre Eintragung in die Stimmliste beantragen konnten. So verschwanden z. B. an einem Orte allein 2000 rote Legitimationskartenformulare. Aus diesem Grunde mußten unsere Mitglieder des Paritätischen Ausschusses genau prüfen, ob Unberechtigte Legitimationskarten vorwiesen, um solche Anträge zurückweisen zu können. Gegen ihre Stimmen konnte eine Eintragung in die Stimmliste nicht erfolgen, weil zu jeder Eintragung ein einstimmiger Beschluss notwendig war.

Nach Artikel 25 der Vorschriften mußte jedem Abstimmungsgast ein Personalausweis zugestellt werden. Dieser diente ihm bei der Einreise ins Abstimmungsgebiet als Paß und dann als Stimmkarte. Deshalb war es dringend notwendig, daß unsere Mitglieder des Paritätischen Ausschusses sich davon überzeugten, daß sämtliche Daten, die auf der Stimmkarte verlangt wurden, mit den Eintragungen in der Stimmliste genau übereinstimmten, um dem Inhaber das Stimmrecht zu sichern. Sie mußten sich auch davon überzeugen, daß die Anschrift auf dem Umschlag richtig ist. Um die völlige Gewißheit zu haben, daß jede Stimmkarte auch in die Hand des Abstimmungsberechtigten

Die Grenzfestsetzung durch die interalliierte Kommission am 7. April 1920 in Glausche.

Zu der in Glausche stattgefundenen Festsetzung der neuen Grenze zwischen Deutschland und Polen hatte die Gemeinde Glausche drei Vertreter (Malg, Altmann, Arndt) bestellt, welche beauftragt waren, mit der Kommission zu verhandeln.

Als die Kommission in Glausche ankam, nahm sie im Gasthaus Wenzel Platz. In der Mitte saß der Pole, rechts von ihm der Franzose, die Vertreter der anderen Staaten, Engländer, Italiener, Japaner schlossen sich an.

in Reichthal versucht, um diese zu der Ueberzeugung zu bringen, daß die Stadt Reichthal ohne Glausche nicht leben könne. Dies wollten die Polen für sich in Anspruch nehmen, sobald hiesige Vertreter dies zugeben hätten, um feststellen zu lassen, daß beide Orte aus wirtschaftlichen Gründen nicht getrennt werden können und so doch Glausche, wenn es auch im Friedensvertrage bei Deutschland verbleiben sollte, auch noch Polen einzuverleiben. Im Vordergrund stand, daß die Güter Droschkau usw. eine nahe und gute Chaussee nach dem Bahnhof Reichthal haben wollten, die durch Glausche führte. Natürlich ist dies auf keiner Seite geglückt. Als den Reichthaler Vertretern immer wieder vor Augen geführt wurde, daß die Stadt „tot“ werden würde, um sie nur dazu zu bewegen, daß sie zugeben sollten, daß Reichthal ohne Glausche nicht leben könne, da war es ein deutscher Aderbürger, welcher sich zu Wort meldete und laut erklärte: „Wenn wir auch noch so eng mit den Glauschern freundschaftlich wie geschäftlich zusammengestanden haben, so müssen wir ohne Glausche leben; sie sollen nicht, wenn sie nach dem Friedensvertrage bei Deutschland verbleiben können, durch uns polnisch werden. Es ist genug, wenn wir das schwere Schicksal tragen müssen, nicht daß wir unsere Brüder in Glausche auch noch mit hineinreißen. Das können wir auf keinen Fall verantworten.“ Dies traf wie eine Bombe auf die Kommission und für uns war es von großem Vorteil. Wir haben dies nach Wochen von Herrn Dr. Gerant (früher Reichthal, jetzt Namslau) erfahren, der damals in Reichthal dabei war.

Nun wieder zu den Verhandlungen in Glausche zurück. Als wir uns immer wieder darauf betiefen, daß wir doch auf Reichthal nicht angewiesen sind, fing die Kommission mit der Behauptung an, Glausche wäre ein polnisches Dorf, denn die Mehrheit des Dorfes spreche polnisch. Sie brachten eine Karte vom Jahre 1898 hervor, von der sie behaupteten, daß sie amtlich sei und daß nach ihr die Mehrheit der Glauscher polnisch spreche und der Ort daher polnisch sei. Wir stugten eine Welle, im nächsten Augenblick kam es uns aber ein, daß es sich hier um eine Statistik betr. die Ostmarkenzulage handeln könnte. Der Kommission wurde klargelegt, wie es damals gehandhabt wurde und daß alles, was etwa polnisch sprechen konnte oder verstand, als „polnisch“ angegeben wurde. Im übrigen wäre hier am Orte kein einziger Einheimischer, der ein richtiges polnisch sprechen könnte (sondern nur ein sog. oberschlesisch)

Nun begann der Pole mit uns Glauscher Vertretern zu verhandeln. Er behauptete, daß Glausche, nachdem Reichthal zu Polen gehören soll, nicht mehr existenzfähig sei und Glausche ohne Reichthal nicht leben könnte. Die Begründung führte er auf Bahnhof, Arzt, Apotheke, Krankenhaus und außerdem auf die gemeinsame Drainage-Genossenschaft, welche ihren Sitz in Reichthal hat, zurück. Die Vertreter von Glausche wehrten sich in jeder Weise. Dasselbe hatte die Kommission vorher mit den Vertretern

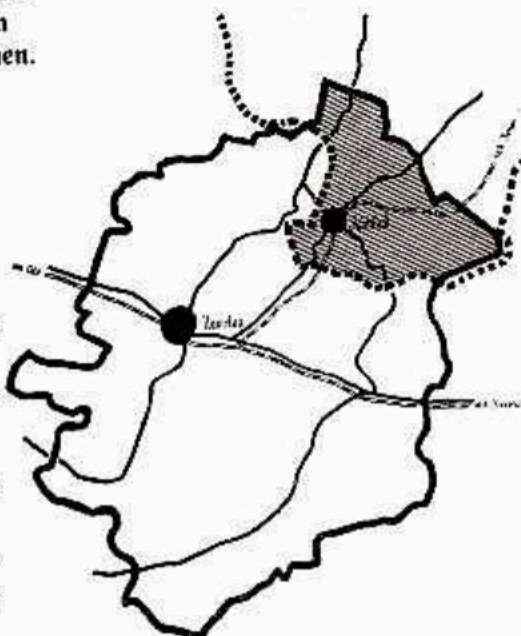
Einige Arbeiterfamilien wären nur hier, die aus Polen kamen, weil sie hier besser bezahlt würden. Durch diese Arbeiter haben manche ein paar Broden polnisch gelernt. So stritten wir uns immerfort herum; wir erklärten stets, daß Glausche deutsch ist, folglich auch deutsch bleiben müsse.

Als dieses Thema erledigt war, wollte die Kommission den Wald haben, von dem behauptet wurde, er liege näher an Droschkau, folglich auch den Droschkauern Arbeit bringen müsse. Wir betonten, am Waldrand stehe eine Tafel mit der Bezeichnung „Glauscher Forstbezirk“. Die Droschkauer hätten nie im Glauscher Wald gearbeitet, sondern nur Glauscher Arbeiter, die Droschkauer hätten stets im Dörnberger Walde gearbeitet. Außerdem ist der Wald für Glausche unentbehrlich, da wir dorthin alles Holz beziehen. Es wurde uns gedroht, daß, wenn wir den Wald nicht hingeben, die Grenze durch unsere Acker gezogen werden würde. Auch damit ließen wir uns nicht einschüchtern und erklärten immer wieder, daß wir ohne den Wald nicht leben könnten. Wir glaubten nicht, daß trotzdem die Grenze, wie es nun später geschah, durch unsere Acker gezogen würde. Wir müssen nun jetzt dieses Unglück ertragen; jeglicher Gerechtigkeitsinn wurde hier bei den Delegierten vermisst. So wurde nun auf diese Art und Weise die Grenze schnurgerade durch unsere Acker gezogen, um sie nicht zu nahe an die Stadt Reichthal zu legen. Die Polen führten stets das große Wort; die Franzosen mischten sich nur ein, um uns zugunsten Polens zu überzeugen. Die übrigen Mitglieder der Kommission saßen still da und hörten nickend dem Polen zu. Nur der Japaner schien etwas Gerechtigkeitsinn aufzubringen, was wir aus seinen Handbewegungen und Gesprächen, die er mit dem Polen zwischen durch führte, zu entnehmen glaubten. Als wir uns trennten, baten wir nochmals im Interesse der Gemeinde dringend, den ganzen Ort Glausche sowie den Wald bei Deutschland zu belassen, da Glausche rein deutsch ist und wir auf keinen Fall polnisch werden wollen. Wir kamen aber wegen unseres Alters nicht zum Recht.

Als die Kommission die Autos bestieg, ertönte aus der großen Menschenmenge das Deutschlandlied. Nicht nur ganz Glausche war anwesend, sondern viele aus den Nachbardörfern mit ihren Kriegervereins- und Schulfahnen.

(Aus dem Festbuch „700-Jahrfeier des Deutschordensdorfes Glausche 1933“)
S. Kg.

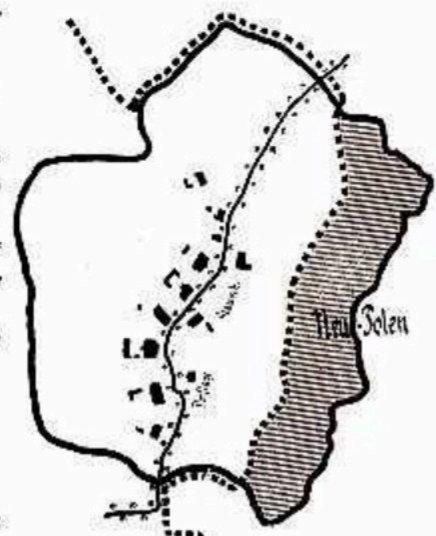
Der Kreis Namslau mit abgetretenem Reichthaler Ländchen.



— An Polen abgetretener Kreisteil — ohne Reichthaler Ländchen (Reichthaler Ländchen)
mit 1 Stadt (Reichthal),
9 Landgemeinden,
6 Gutsbezirken,
8482 ha,
4590 Einwohner.
— Neue polnische Grenze
— Kunststraßen.
— Eisenbahn.
Durch die neue polnische Grenze 4 Kunststraßen,
1 Eisenbahnlinie abgetrennt.

Zerreißen der Gemeindefeldmark Glausche (Kreis Namslau) durch die neue polnische Grenzziehung:

46 landwirtschaftliche Besitzungen quer durchschnitten und zerrissen.
Gesamtgröße der 46 Besitzungen = 1219 ha,
davon jetzt in Polen lieg. = 297 ha.



— Neue polnische Grenze.
— Grenze der Feldmark Glausche in ihrem früheren Umfang.
— An Polen abgetretener Gemeindefeld.

Nationalpolitische Verhältnisse im Kreise Namslau.

I. Im Abtretungsgebiet.

Karte I.

Karte II.

Karte III.

Ortschaft	Wahlberechtigte im November 1918	Bei der im November stattgefundenen Probenabstimmung erklärten sich von den über 20 Jahre alten Personen				Wahlberechtigte Personen zur Nationalversammlung am 19. I. 19	Beteiligung an der Wahl zur Nationalversammlung		Unterschriften der wahlberechtigten Personen bei der Protestkundgebung im Juli 1919	
		für Deutschland		Es haben nicht unterschrieben			Zahl der abgegebenen Stimmen	%	Zahl der Unterschriften	%
		Personen	%	Personen	%					
Reichthal	557	463	83	94	17	635	} 246	91	593	89
Droschkau	122	104	85	18	15	285		62	160	56
Dörnberg	102	102	100	—	—	112	} 145	85	112	100
Skorischau	163	160	98	3	2	171			85	147
Sgorsellit	93	92	99	1	1	98	} 198	81	53	54
Schadegur	126	126	100	—	—	147			81	125
Butschkau	93	93	100	—	—	237	} 286	74	161	68
Herzberg	143	143	100	—	—	148			74	144
Proschau	181	181	100	—	—	190	186	93	183	96
Kreuzendorf	168	165	98	3	2	184	169	92	174	94
Zusammen	1748	1629	93	119	7	2227	1827	82	1842	82
						zus. 1827 = 82% aller Wahlberechtigten				

Nationalpolitische Verhältnisse im Kreise Namslau.

II. Im Abstimmungsgebiet.

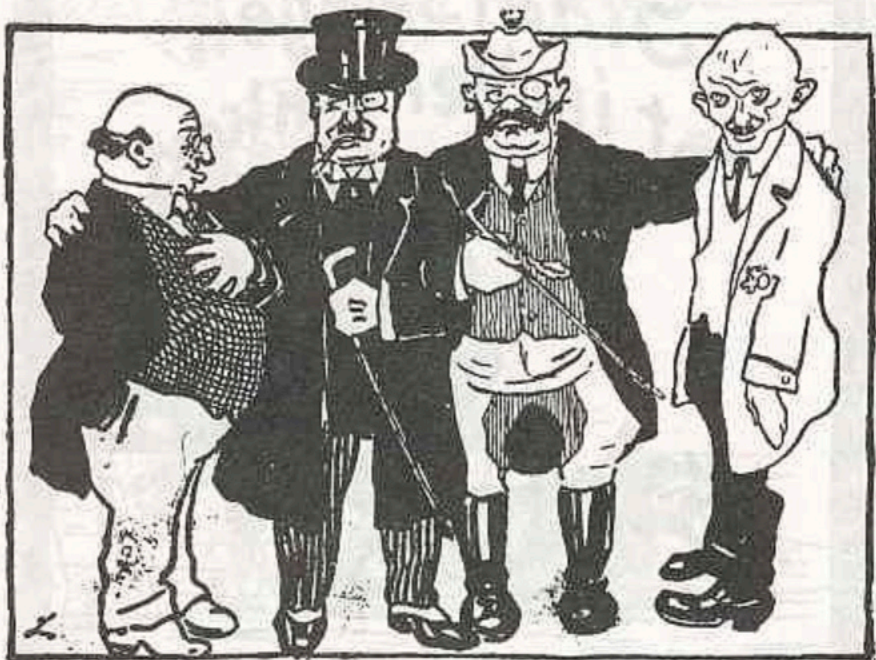
Karte I.

Karte II.

Karte III.

Ortschaft	Wahlberechtigte im November 1918	Bei der im November stattgefundenen Probenabstimmung erklärten sich von den über 20 Jahre alten Personen				Wahlberechtigte Personen zur Nationalversammlung am 19. I. 19.	Beteiligung an der Wahl zur Nationalversammlung		Unterschriften der wahlberechtigten Personen bei der Protestkundgebung im Juli 1919	
		für Deutschland		Es haben nicht unterschrieben			Zahl der abgegebenen Stimmen	%	Zahl der Unterschriften	%
		Personen	%	Personen	%					
Hennersdorf	213	213	100	—	—	215	} 305	82	202	94
Polkowitz	147	146	99	1	1	158			82	137
Wallendorf	279	223	80	56	20	323	} 379	78	119	37
Dziedzitz	150	145	96	5	4	163			78	143
Noldau	260	276	98	4	2	310	250	90	309	100
Bachwitz	105	105	100	—	—	127	} 254	87	110	87
Sophienthal	69	69	100	—	—	76			87	81
Erdmannsdorf	79	79	100	—	—	90	} 351	92	46	51
Johannsdorf	75	75	100	—	—	69			92	69
Steinersdorf	246	246	100	—	—	295	} 670	93	293	99
Friedrichsberg siehe Johannsdorf	—	—	—	—	—	16			93	10
Sterzendorf	386	358	93	28	7	372	321	86	201	54
Dammer	633	632	100	1	—	724	670	93	548	76
Zusammen	2662	2567	96	95	4	2938	2560	87	2268	77

Kto głosuje za Niemcami? Wer stimmt für Deutschland?



1.
Zydowski szyber
(paskarz)

Der jüdische
Schieber.

2.
Kapitalista,
ciemlęzca ludu
górnoszląskiego

Der Kapitalist,
der Bedrücker des
oberschl. Volkes.

3.
Magnat, co ograbił
Was z ziemi.

Der
Grossgrundbesitzer
(Junker) der Euch
den Acker raubt.

4.
Idjota.

Der Idiot.

**Pracujący Ludu Górnośląski, czy pójdiesz za ich
przykładem?**

Oberschlesler, wirst Du ihrem Beispiel folgen?

Porównaj i głosuj! Vergleiche u. wähle!

Hie Deutschland!

Chory robotnik niemiecki



Der kranke deutsche Arbeiter

Robotnik niemiecki na starość



Der deutsche Arbeiter im Alter

Chory pracownik niemiecki



Der kranke deutsche Angestellte



Niemiecki robotnik polny



Deutscher Landarbeiter

Tu Niemcy!

Hie Polen!

Der kranke polnische Arbeiter



Chory robotnik polski

Der polnische Arbeiter im Alter



Polski robotnik na starość

Der kranke polnische Angestellte



Chory pracownik polski

Polskie Altersversorgung



Polscher Arbeiter



Polski robotnik polny

Tu Polska!

Niemiecka ulotka plebiscytowa, dwujęzyczna, dwustronna, słowno-obrazkowa, wydrukowana przez wrocławski Graphische Kunst-Anstalt: Porównaj i głosuj!

Ze zbiorów Gabinetu Śląsko-Luzyckiego Biblioteki Uniwersyteckiej we Wrocławiu

Hie Deutschland!

Hie Polen!

Pracownik niemiecki



Der deutsche Beamte

Niech żyje praca!



Ein Hoch der Arbeit!

Zapomoga dla bezrobotnych

Erwerbslosenfürsorge



in Deutschland

Der polnische Beamte



Pracownik polski „Podam do nogi”

Ein Hoch dem Knege!



Niech żyje wojna!

Geld oder das Leben!



Życie albo pieniądze

Tu Niemcy!

(Illustration von Karlson, Braunschweig)

Tu Polska!

Wiece prawdziwą kartką głosowania jest następująca:
Also ist für jeden der folgende Stimmzettel der richtige:



= Extrablatt! =

Ergebnis der oberschlesischen Volksabstimmung im Kreise Namslau.

Aus Noldau wird uns von deutscher Seite das in der vergangenen Nacht zusammengestellte Abstimmungsergebnis für die Orte des Kreises Namslau mitgeteilt; demnach haben

für Deutschland 5336 Personen,
für Polen 133 Personen,
das ist für Deutschland rd. 97 1/2 %,
" " " Polen rd. 2 1/2 %

gestimmt.

Das Abstimmungsgebiet des Kreises Namslau ist deshalb **kerndeutsch**.

Heil dem deutschen Siege!

Name des Stimmbezirks	Eingetragene Stimmberechtigte				Summa der Stimmberechtigten	Zahl der über- haupt abge- geben Stim- men	Prozent- satz der Stimmi- beteiligung	Davon				Prozentsatz	
	Liste A	Liste B	Liste C	Liste D				für Deutschland	für Polen	ungültig	angefochten	für Deutschland	für Polen
Bachratz		zu	sam	men	235	229	97,45	218	7	2	2	96,89	3,11
Dammer	647	632	49	—	1328	1325	99,77	1295	20	2	8	98,78	1,22
Dziedzich	133	114	11	—	258	257	99,61	240	10	2	5	96,—	4,—
Erdmannsdorf		zu	sam	men	167	161	96,41	155	6	0	0	96,27	3,73
Friedrichsberg	15	9	1	—	25	25	100	19	6	0	0	76,—	24,—
Johannsdorf	59	59	5	—	123	122	99,19	121	1	0	0	99,18	0,82
Hennersdorf	165	220	30	—	415	409	98,55	408	—	0	1	100,—	—
Noldau	231	286	46	—	563	557	98,93	551	6	0	0	98,92	1,08
Polkowitz	135	176	12	—	323	318	98,45	316	2	0	0	99,37	0,63
Sophienthal		zu	sam	men	147	147	100	144	1	0	2	99,31	0,69
Steinersdorf	234	309	31	—	574	565	98,43	551	14	0	0	97,52	2,48
Sterzendorf	299	510	27	—	836	818	97,85	808	8	2	0	99,02	0,98
Wallendorf	255	281	34	—	570	562	98,60	510	52	0	0	90,75	9,25
Ga.					5564	5495	98,76	5336	133	8	18	97,57	2,43

Commission Interalliée de Gouvernements et de Plébiscites de Haute-Silésie.

Komisja Międzysojusznicza Rządząca i Plebiscytowa Górniego Śląska.
 Interalliierte Regierungs- und Plebiszitalkommission für Oberschlesien.



Cercle de
Kreis

Kreuzburg O.S.

30
Ania
1920.

PASSEPORT No. 11507

Paszport - Reisepass.

Valable
Ważny
Gültig

bis zum

11. Juli 1921.

Nom de famille
Nazwisko
Familienname

Goldmann

Prénoms
Imiona
Vorname

Johann

Nationalité
Przynalczność państwowa
Staatsangehörigkeit

Preußen

Profession
Zawód
Beruf

Leinwandweber

Domicile permanent et adresse
Stale Zamieszkanie i adres
Ständiger Wohnsitz mit Adresse

Sturmdorf

Résidence actuelle et adresse
Obecne mieszkanie i adres
Gegenwärtiger Aufenthaltsort mit Adresse

Sturmdorf

Né le
Urodzony dnia
Geboren am

24. IV.

Age
Wiek
Alter

49

Lieu de naissance
Miejscowość urodzenia
Geburtsort

Sturmdorf

Taille
Wzrost
Besialt

mittel

Cheveux
Włosy
Haar

schwarz

Yeux
Oczy
Augen

blau

Visage
Twarz
Gesichtsjorn

normal

Signes particuliers
Znaki szczególne
Besondere Kennzeichen

keine



Signature du porteur
Podpis
Unterschrift des Inhabers

Johann Goldmann

Reise nach Wrocław wegen Geschäft

pflichtig Angehöriger

Délivré à
Wydany w
Ausgestellt in

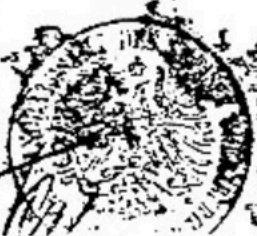
Kreuzburg O.S.

Visé
Wiza
Gejehen

Der Kreis-Kontrollleur

Le
Doia
Blm

Der Landrat
I. V.:



[Handwritten signature]



[Handwritten signature]

[Handwritten initials]

Polnische u. interalliierte Grenzziehungsvorschläge für Oberschlesien.

